



76/SN-356/ME

AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-102.07

Bregenz, am 27.10.1994

An das
Bundesministerium für Inneres
Postfach 100
1014 Wien

Auskunft:
Dr. A. Keßler
Tel.(05574)511-2066

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 58	-GE/19 14
Datum:	4. NOV. 1994
Verteilt	8. Nov. 1994

Dr. A. Keßler

Betrifft: Entwurf einer Europawahlordnung - EuWO sowie eines Europa-Wählerevidenzgesetzes - EuWEG;
Begutachtung, Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 23. August 1994, Zl. 42.101/11-IV/6/94

Zum Entwurf einer Europawahlordnung - EuWO und eines Europa-Wählerevidenzgesetzes - EuWEG, wird wie folgt Stellung genommen:

I. Europawahlordnung- EuWO:**Zu § 3:**

Im Abs. 1 ist vorgesehen, daß das Bundesgebiet einen einheitlichen Wahlkreis bildet.

Die Bildung von Wahlkreisen gewährleistet die Berücksichtigung auch regionaler Interessen im jeweiligen Parlament. Es sollte durch Bildung von Wahlkreisen gesichert werden, daß die Zusammensetzung der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments die einzelnen Bundesländer berücksichtigt.

Zu § 46:

Die vergleichbare Regelung in der Nationalratswahlordnung hat dazu geführt, daß rund ein Viertel der mit Wahlkarten aus dem Ausland abgegebenen Stimmen nicht in die Stimmzählung einbezogen werden konnte. Das Verfahren für die Stimmabgabe durch

- 2 -

Wahlberechtigte im Ausland sollte daher nicht von der Nationalratswahlordnung übernommen, sondern vereinfacht werden.

Zu § 77:

Nach Abs. 7 ist Voraussetzung für die Zuweisung eines Vorzugsstimmenmandates, daß der Bewerber mindestens so viele, durch Eintragung des Namens vergebene Vorzugsstimmen erhalten hat, wie die Wahlzahl beträgt.

Die bisherigen Erfahrungen bei den letzten Nationalratswahlen haben gezeigt, daß den Vorzugsstimmen bei der Vergabe von Mandaten kaum Bedeutung zukommt. Wenn den Wählern ernsthaft ein Einfluß auf die Vergabe von Mandaten zugestanden werden soll, müßte den Vorzugsstimmen ein stärkeres Gewicht beigemessen werden.

II. Europa-Wählerevidenzgesetz - EuWEG:

Gegen den Entwurf eines Europa-Wählerevidenzgesetzes werden keine Einwendungen erhoben.

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesstatthalter

Dr. Herbert Sausgruber

- a) **Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten**
- b) **An das
Präsidium des Nationalrates
1017 Wien
(22-fach)**
- c) **An das
Präsidium des Bundesrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien**
- d) **Herrn Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Jürgen Weiss
Minoritenplatz 3
1014 Wien**
- e) **An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 Wien**
- f) **An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors**
- g) **An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 Wien**
- h) **An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 Innsbruck**

zur gefälligen Kenntnisnahme.

**Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesamtsdirektor**

D r . B r a n d t n e r

F.d.R.d.A.

